

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

21 (23.2.1948)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.—, monatlicher Bezugspreis RM 3.00 (inkl. RM 0.24 Trägerrückgabe, bei Zustellung durch die Post RM 2.00 zuzüglich Zustellgebühr).

Anzeigenr. Die 25 mm br. Nonp-Zelle Karlsruhe Ausgabe RM 1.50. Pflanzbeilage Ausgabe und Württembergische Abendblatt 10 RM 1.—; Gesamtanfrage RM 2.—, Amtl. Anzeigen 30 % Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 21

Montag, den 23. Februar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

## Welt-Rundschau

**NEW-HAVEN (Conn.) (Dena-Reuters).** Der demokratische Senator, Erben Mc Mahon, erklärte, eine wirkliche Gefahr für den Marshallplan entsiehe nicht durch die kommunistischen in Europa, sondern durch die amerikanischen Kämpfe.

**TOKIO (Dena).** Der Vorsitzende der japanischen Demokratischen Partei und ehemalige Außenminister im Drei-Parteien-Kabinet, Katayama Hideo, erklärte, würde laut AFP von japanischen Behörden zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

**BEKING (Holl.).** Die Berichte der Tsching-Mao-Armee aus der Mandschurei geben den Verlust des Stahlindustriestroms Anshan an.

**KALKUTA (Dena-Reuters).** Bei einer Protestaktion der Delegierten der indischen Nationalkongresspartei wurde ein riesiges Banner mit der Aufschrift „Hände weg von Asien“ vorgetragen.

**ISTANBUL (Holl.).** Durch die Überwachungen in den mittleren und östlichen Provinzen der Türkei, die durch Beschränkungen des freien Presseverkehrs werden, sind nach bisherigen Ermittlungen rund 1000 Personen ums Leben gekommen.

**BUKAREST (Dena-Reuters).** Das rumänische Exekutivorgan erklärte, die Ausrückung der Staatsmacht würde eine Neubesetzung der Posten aufzunehmen.

**WARSAU (Dena-Reuters).** Polens Außenminister Zygmunt Modzelewski erklärte, eine Teilung Deutschlands würde „eine nationale Reaktion hervorrufen, die wahrscheinlich nicht zu vermeiden sei“.

**VATIKANSTADT (Dena-Reuters).** Das Pressebüro des Vatikans gab bekannt, daß die albanischen katholischen Bischöfe, die die albanische Revolution unterstützen, die albanische Regierung nicht anerkennen werden.

**DEN HAAG (Dena-Reuters).** Der polnische Gesandte in den Niederlanden, Benedikt Kijer, trat von seinem Posten zurück, da, wie er erklärte, seine persönlichen Ansichten sich mit denen der Warschauer Regierung in Einklang stehen.

**JAPIS (Holl.).** Die französische Marine hat ein ehemaliges deutsches U-Bootboot vom Typ 21, in zwei abteiligen Unterwasserbooten von Terschelling über die Insel Texel nach London zu der Atlantikflotte Frankreichs überführt, ohne daß das Boot einmal an Land gekommen sei.

**De Valera nicht wiedergewählt.** Dublin, 22. Febr. (Dena). Wie wir bereits mitgeteilt, hat das irische Parlament in seiner ersten Sitzung nach den kürzlich durchgeführten Wahlen den bisherigen Premierminister Eamon de Valera, der seit 12 Jahren ununterbrochen das Amt des irischen Ministerpräsidenten inne hatte, nicht wiedergewählt. Sein Nachfolger wurde John Costello, Unver 50 Jahre alt.



(S.A.Z.-Archiv)

**Stellung der USA in Europa.** Wiesbaden, 22. Febr. (Dena). Der ehemalige Kriegsminister der Vereinigten Staaten Harry H. Woodring, der sich zur Zeit auf einer Europa-Reise befindet, erklärte in einer Unterredung mit Offizieren der Militärregierung für Hessen, daß die Vereinigten Staaten ihre Stellung in Europa behaupten werden. „Wenn wir uns hinter den Atlantik zurückziehen“, sagte er, „werden wir gerufen sein, zu unserem 41 Milliarden-Dollar-Budget noch ein 25 Milliarden-Dollar-Rüstungsprogramm aufzustellen.“

Woodring führte aus, daß die nächsten drei bis vier Monate eine kritische Periode für das gesamte westliche Europa sein werden. Die amerikanische Mission in Deutschland müsse auf die Bildung einer politisch- und wirtschaftlich selbständigen Regierung gerichtet sein, die sich auf eine stabile Währung und eine freie Wirtschaft stützt.

**Demokraten für autonomes Bayern.** München, 22. Febr. (Dena). Die gleiche Selbständigkeit für Bayern wie sie Österreich besitzt, Absperrung der bayerischen Grenzen, Ausweisung von ungefähr 600 000 Fremden, Ausschöpfung mit Frankreich sowie die Sicherung der bayerischen Provinz von preußischen Grenzstruppen forderte das Präsidium der Bayerischen Partei, Ex-Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner in seiner ersten Münchener Jahresversammlung am Sonntag im Oberfränkischen Kreis. Baumgartner kritisierte an, daß die Bayernpartei nach den Gemeinwahlen für die Annahme des Landesamtes eintreten werde. Er erklärte u. a.: Die bayerische Presse werde zu einem großen Teil von preußischen Linien besetzt, geschrieben, bedankte sich aber gleichzeitig für die Unterstützung und objektive Berichterstattung seitens der Dena und Radio München während seiner Tätigkeit als Landwirtschaftsminister. Man sei heute in Deutschland unzufrieden, da die Versprechungen, die man uns Schwabens während des Krieges gemacht hätte, nicht eingehalten wurden. Baumgartner forderte dann eine Entnazifizierung der ehemaligen ausländischen Diplomaten in Deutschland, die ihren Arm in Nürnberg nicht hoch genug haben könnten. Mehr als diese Leute könne der kleine Arbeiter auch nicht vom Nationalsozialismus gewandt haben.

## Prag: Kommunisten fordern Volksrepublik

### Lenesch besteht auf parlamentarischer Regierung unter Mitwirkung aller Parteien

Prag, 22. Febr. (Dena). Die tschechoslowakische Kabinettkrise, in der am Samstagabend noch keine Lösung erzielt worden war, wurde weiterhin verschärft. Wie Radio Prag laut Reuter meldete, wurden die slowakischen demokratischen Mitglieder des Provinzialkabinetts von dem Vorsitzenden Dr. Hurak zum Rücktritt aufgefordert. Die katholische Volkspartei sprach sich laut AFP für Neuwahlen aus, die so früh wie möglich stattfinden sollten. Das Präsidium der tschechoslowakischen Kommunisten forderte in einem Brief an den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš laut Costello die Annahme des Rücktrittsgesuchs der zwölf Minister als „einerseits praktische, demokratische, verfassungsmäßige und parlamentarische Lösung der Krise. Beneš wurde aufgefordert, sofort die notwendigen Verhandlungen für eine Neubesetzung der Posten aufzunehmen.“

Prag, 22. Febr. (Dena). Der tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Edvard Beneš gab laut Reuter die Versicherung ab, daß in der Tschechoslowakei keine Besatzungsregierung eingesetzt werden würde. Beneš erklärte fünf Industriearbeitern — die ihm als Abgeordnete der Massenversammlung vor dem Prager Rathaus von der Revolution in Kenntnis setzten, in der die Annahme des Rücktritts der zwölf Minister gefordert wird — er habe Ministerpräsident Klement Gottwald mitgeteilt, daß er deren Rücktritt nicht annehmen werde. „Ich erkläre Gottwald“, sagte Beneš, „daß meine Antwort auf jeden Versuch, von irgend-

einer Seite ihn aus der Regierung zu drängen, sein werde, daß es für mich keine Regierung ohne Kommunisten gibt.“ Der Staatspräsident appellierte an die Bevölkerung und die politischen Parteien, sich nicht zu entzweien. Auf den Hinweis, daß eine Zusammenarbeit mit den zwölf zurückgetretenen Ministern schwierig sein müßte, erwiderte Beneš, daß in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen die Meinungen hart aufeinanderstießen. Er forderte das Volk auf, die Nervosität zu überwinden und sich zur Zusammenarbeit bereit zu erklären.

Prag, 22. Febr. (Dena). Der tschechoslowakische kommunistische Parteiminister Klement Gottwald forderte laut Reuter bei einer Ansprache auf einer Massenversammlung der tschechoslowakischen Gewerkschaften im Prager Industriepalast eine neue Regierung ohne reaktionäre Elemente. Diese neue Regierung, so führte Gottwald unter lautem Beifall aus, müsse in Übereinstimmung mit der Verfassung und in demokratischer Harmonie mit dem Willen des Volkes gebildet werden. Die Regierungskrise, die dem Rücktritt der Minister der drei Parteien des rechten Flügels folgte, sei das Ergebnis der aus- und inländischen Reaktion gewesen. Die Reaktion hoffe durch die Aufnahme ausländischer Hilfe die Vorteile einer Volksrepublik zu zerstören. Die Arbeiterklasse und das gesamte Volk würden „mit allen Mitteln“ handeln. Der Premierminister forderte dann die Bildung von Aktionskomitees der Nationalen Front in allen Fabriken, Gemeinden und Bezirken.

## Palästina aus dem Sterlingblock ausgeschieden

### Tausend Tote in drei Monaten — Schwere Explosion in Jerusalem

Jerusalem, 22. Febr. (Dena). Über ein tausend Juden und Araber wurden, wie Reuter berichtet, seit dem 1. Dezember des vorigen Jahres bei den Zwischenfällen in Palästina durch Überfälle und Bombenangriffe getötet. Die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf mehrere Tausend.

Eine der furchtbarsten Explosionen seit Beginn der Unruhen im Heiligen Land“ erschütterte laut Reuter am Sonntagmorgen Jerusalem und verwandelte das Hadassah-Gebäude, in dem sich die Arbeitsräume der jüdischen Gewerkschaft befinden, in einen Trümmerhaufen. 21 Tote und 28 Verletzte sollen, wie AFP von der Jewish Agency erfährt, bis jetzt gezählt worden sein. Man erwartet jedoch, daß sich diese Zahlen noch erheblich erhöhen werden. Unter den Verletzten sollen sich auch Engländer befinden.

Ein Sprecher der Jewish Agency erklärte, die Jewish Agency habe Nachricht von arabischer Seite erhalten, wonach die Araber mit der Katastrophe vom Sonntagmorgen in keinerlei Verbindung stehen.

Auf das Ausscheiden Palästinas aus dem Sterlingblock und die Blockierung von ungefähr 400 Millionen Dollar durch Großbritannien reagierten, wie INS meldet, offizielle jüdische und arabische Kreise in Jerusalem „sauer“. Sie vertreten die Ansicht, die Mandatsregierung hätte vorher mit den Vertretern der Araber und Juden, sowie der Palästina-Kommission der UN Rücksprache nehmen sollen. Die Blockierung der palästinaischen Sterlingkonten erfolgte laut Reuter, weil am 15. Mai das britische Mandat über Palästina endet.

Der britische Kolonialminister Arthur Creech Jones erklärte in New York über die Teilung Palästinas, es stehe fest, daß in dem Augenblick, wo die Palästina-Verwaltungskommission der UN im Mai das Heilige Land betritt, die Zurückhaltung der Araber zu Ende sein werde. Es sei die Aufgabe dieser Kommission und nicht die Großbritannien, die Teilung durchzuführen. Wenn sich die palästinaischen Regierung bei der Unterstützung der Kommission Hindernisse in den Weg stellen, dann nur wegen der außerordentlichen Lage in Palästina und nicht aus Mangel der britischen Bereitwilligkeit.

## Optimistische Perspektiven auf die Zukunft

### Mr. LaFollette äußert sich hoffnungsvoll zur künftigen Ernährungslage

Stuttgart, 22. Febr. (S.A.Z.). Mr. Charles Mr. LaFollette lobte zu Beginn der letzten Pressekonferenz die Bemühungen Minister Sizoo's und seiner Mitarbeiter, entsprechend dem biennalen Programm in Württemberg-Baden so schnell wie möglich eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelerzeugung zu erreichen. Bei Durchführung dieses Programms, das eine Erhöhung der Anbaufläche auf 73-80 000 Hektar vorsieht, wird es bei durchschnittlichen Ertragsleistungen möglich sein, pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1949 3 bis 4 Zentner Kartoffeln zuzugeben. Die Kundendepotbestände vorhanden seien und außerdem erworben werden, den Bauern durch Erhöhung des Kartoffelpreises und Gewährung einer Zuckerprieme einen Anreiz zu bieten, sei mit einer Durchführung des Programms zu rechnen. Durch

zügiger Benutzung (z. B. Versenkung der von den USA gelieferten Saatkartoffeln in mehrere Teile) werde es möglich sein, den Ertrag zu verdreifachen.

Bezüglich des Grubenholzproblems teilte Mr. LaFollette mit, mit Hilfe der neuen Methode der Regierung hätte im Januar die Quote in Württemberg-Baden zu 90% erfüllt werden können, während kein anderes Land seinen Verpflichtungen gegenüber der Ruhr zu mehr als 40% nachkommen sei. Anzeichen dafür, daß die Zusammenarbeit bei der Entnazifizierung seitens der Kirche nachgelassen habe, seien in Württemberg-Baden bisher nicht vorhanden. — Auf den württembergisch-badischen Fristverlängerungsvorschlag zur Demontage sei noch keine Antwort von Berlin eingegangen. Das Entnazifizierungsministerium, das jetzt unter Ministerialdirektor Kowarsky steht, lasse sich nach wie vor gute Arbeit, so daß die Entnazifizierung in Württemberg-Baden stetig weitergehe.

Auf die Frage, ob die Militärregierung an den Erklärungen der evangelischen Kirche gegen das Gesetz 104 und der Ablehnung seiner Auflockerung der Verfahrensweise durch die Linksparteien nicht eine Überlegung der Denazifizierung habe, antwortete Mr. LaFollette: „Ich würde sagen, nein.“ Die Stellungnahme der evangelischen Kirche erkläre er sich dadurch, daß sie offenbar nicht der Überformiert gewesen sei, daß die von ihr beanstandeten Punkte des Gesetzes 104 zu diesem Zeitpunkt bereits hinfällig waren. Im Übrigen dränge die Situation auf eine möglichst rasche Erledigung der schweren Fälle. Diese müßten noch zu einem Zeitpunkt behandelt werden, wo die Taten der Angeklagten der Bevölkerung noch in deutlicher Erinnerung seien. —

## Vierzonnenkonferenz der Kutztun'ister

### Ausweitung der Zusammenarbeit auf politische Gebiete gefordert

Stuttgart, 22. Febr. (S.A.Z.). Die Konferenz der Kultusminister aller vier Zonen, die kürzlich in Stuttgart stattfand, wurde mit einer Resolution abgeschlossen, in der es u. a. heißt: „Der weitere Ausbau und Aufbau der Schule muß im Geiste der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Völkerverständigung erfolgen. Der Bildungsgang der Jugend darf nicht abhängig sein von der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Elternhauses. Bei aller Verschiedenheit des äußeren Bildungsweges müssen die Unterrichtsziele in den deutschen Ländern einander entsprechen.“ Als besonderes Hindernis für den Aufbau dieses demokratischen Schulwesens bezeichnete die Resolution die unzureichende Bekleidung und Ernährung, den Mangel an Lehr- und Lernmitteln, Schulmangel, Brennstoffmangel und die katastrophalen Wohnverhältnisse. Auch die Zusammenführung getrennter Familien und die Freilassung der kriegsgefangenen Väter seien Voraussetzung eines Gedeihens unseres Schulwesens. Man kam überein, die Schülerzahl einer Klasse auf höchstens 40 zu begrenzen. Die Erziehungsbefähigen für alle Schularten seien in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Der in den meisten Ländern bereits gültige Schulbeginn im Herbst soll in allen Ländern eingeführt werden.

Kultusminister Dr. Theodor Bäuerle betonte in einer Pressekonferenz die grundsätzliche Bereitschaft aller Minister, einander zu verstehen und sich gegenseitig abzustimmen. Unstimmigkeiten hätte

sich in der Frage der Dauer der Grundschule gezeigt. Die Vorschläge lauteten auf 4, 5 oder 6 Jahre. Als erfreulichstes Ergebnis der Verhandlungen bezeichnete der sächsische Kultusminister Dr. Erwin Hartwich „den selten schönen Freimut und das starke Verantwortungsbewußtsein des Kollegiums“. Die Notwendigkeit einer Reform des deutschen Erziehungswesens sei allseits anerkannt worden. Wünschenswert bliebe, die auf kulturellem Gebiet erwiesene Klimmigkeit künftig auch auf das wirtschaftliche und politische Gebiet auszuweiten.

Die Konferenz, die als erste Vierzonnen-Tagung in freundschaftlichem Geiste abgeschlossen wurde, soll im Frühjahr in Berlin fortgesetzt werden. —

## Debatte um Entmilitarisierung Deutschlands

### Allierter Kontrollrat einigt sich auf Vorschlag General Clays

Berlin, 22. Febr. (AP). Auf der letzten Sitzung des Alliierten Kontrollrats in Berlin erklärte der amerikanische Militärregierungs-General Lucius D. Clay zu den erneuten Beschlüssen Marshall Solowewski, die Entmilitarisierung in Westdeutschland werde nicht ordnungsgemäß durchgeführt. Solowewski solle nicht auf dieser Angelegenheit herumreiten, sondern die sowjetische Zone einer gemeinsamen Untersuchung des Ständes der Entmilitarisierung zuzugänglich machen. General Clay sagte, er sei nicht bereit, „wilde Behauptungen“ zu erörtern. Überdies hätten die Besatzungsmächte das Recht, diese Anlagen für Besatzungszwecke bis zum Ende der

Besetzung Deutschlands zu verwenden. Der britische und französische Vertreter pachteten der Weigerung General Clays bei, diese sowjetischen Anschuldigungen zu diskutieren. Clay erwiderte ferner, die amerikanische Vertretung habe vor zwei Jahren eine Unterzeichnung jüdischer militärischer Anlagen in allen Teilen Deutschlands angefordert, um mit solchen Gerüchten aufzuräumen.

Der französische Vertreter, General Pierre König, unterstützte Clays Vorschlag. Die vier alliierten Vertreter einigten sich schließlich darauf, alle Unterlagen, die über die Entmilitarisierung vorliegen, zum Studium der Frage beizustellen.

## Zugunglück fordert 20 Tote

Zürich, 22. Febr. (Dena-Reuters). An die 20 Personen kamen Sonntagabend bei einem Eisenbahnunglück am Züricher See ums Leben. Ein mit Sonntagsausflüglern vollbesetzter Zug sprang bei Widenschwil aus den Schienen und raste in ein dreistöckiges Haus, wobei die Lokomotive unter Trümmern begraben wurde und vier Wagen wie eine Ziehharmonika zusammengeschoben wurden.

## Zuckerpreis für erhöhte Ablieferung

Frankfurt, 22. Febr. (Dena). Der Direktor der Zweizonnenverwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Hans Schlanke-Schönningen, hat in einer Anordnung die Länderregierungen ersucht, erhöhte Leistungen im Kartoffelbau und bei der Ablieferung von Kartoffeln, Milch — und Olsaaten zu präzisieren. Insgesamt 30 000 Tonnen Zucker wurden von der Militärregierung für diesen Zweck bereitgestellt. Davon sollen 22 500 Tonnen für die Steigerung der Kartoffelerzeugung und -Ablieferung, 20 000 Tonnen zur Erhöhung der Milchablieferung und 2500 Tonnen für eine erhöhte Ablieferung von Olsaaten verwendet werden.

## Berliner „Volkskongress“ eröffnet

Berlin, 22. Febr. (Dena). Der Groß-Berliner „Volkskongress“ für Einheit und gerechten Frieden“ wurde in Anwesenheit von über 70 Delegierten am Samstag als Auftakt zu dem „Zweiten deutschen Volkskongress“ am 17. und 18. März durch Prof. Dr. Theodor Bruch in der Berliner Theater eröffnet. Zur Ehrenpräsidentin wurde Clara Viebig gewählt.

In seiner Begrüßungsansprache erklärte Prof. Bruch: eine Aufteilung in Bizone und Sowjetzone lehne der „Volkskongress“ ab. Er betonte, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands bleiben müsse.

## Immer noch Fall Semler

München, 22. Febr. (Dena). Zu den Berliner Besprechungen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard mit dem amerikanischen Militärbefehlshaber für Deutschland, General Lucius D. Clay, erklärt Dena aus gut unterrichteten Kreisen, daß durch die Wahl Dr. Semlers in die Vertretung Bayerns im neu zu wählenden Frankfurter Wirtschaftsrat vorübergehend eine ernste Lage entstanden sei.

Die Besprechung, an der auch Dr. Müller teilnahm, habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Münchener Vorgänge bei der US-Militärregierung Verstimmung auslösten. Die zwischen OMGUS und Bayern entstandene Spannung sei hauptsächlich auf ein Mißverständnis zurückzuführen, das sich zwangsläufig aus der verschiedenen Auslegung des Schreibens der US-Militärregierung die Entlassung Dr. Semlers als Direktor für Wirtschaft im bilateralen Wirtschaftsrat begründet hätte.

General Clay hält, wie Dena weiter erzählt, an der Auffassung fest, Dr. Semler könne überhaupt für keine öffentliche Tätigkeit in Betracht gezogen werden, die ihn in Verbindung mit der Militärregierung bringt.

## Deutschland-Rundschau

**Vertrieb Westzone:** Garnisch-Parlamentskirchen. Durch telegraphische Anrufe von unbekannter Seite wurde eine Reihe Firmen davon unterrichtet, daß „morgens“ wieder Gemeindefest sei. Nachfragen ergaben, daß antilige Stellen sich davon wußten.

**Staubing, ein Mädchen und zwei tote Mütter** an einem Tauschfest zwischen einer Politz-Basis durch Sprung in die ostliche Donau zu entsorgen. 500 konnten aber dennoch geflohen werden.

**Frankfurt, 19. Febr.** Offizier des Geheimen Nachrichtendienstes für US-Areas gab bekannt, daß amerikanische Soldaten Juden getötet hätten, die der Witwe des Grafen Klaus von Muffenberg gehörten, der im Jahre 1944 den militärischen Bombenangriff gegen Hitler durchführte.

**Düsseldorfer (Dena).** In 300 Castriellen von NRW werden bei Essen, die an drei Tagen im Februar eröffnet, 50 000 Toppel, 200 Liter Speiseöl, 20 Schinken, 200 Stück Milch, 20 Paß Berings und 130 Kleiderstücke beschlagnahmt.

**Hamburg, 19. Febr.** 100 deutsche Lehrer aus der britischen Zone haben sich nach Großbritannien begeben, wo sie zu Schulen in Aberdeen, Edinburgh und Cardiff einen vierwöchigen Kurs über englische Geschichte, Kultur, Literatur und englische Sprache absolvieren werden.

**Hannover, (Dena).** Die Presseabteilung der britischen Militärregierung für Niedersachsen teilte mit, daß mit einer Abkündigung des politischen Auftrags auf Auslieferung des württembergischen Ministerpräsidenten Hans Wilhelm Kopf als Kriegsverbrecher zu rechnen sei.

**Frankfurt, 22. Febr.** Die Besetzung des vertriebenen Erzbischofs Dr. Gebner von Freiburg gestaltete sich in Anwesenheit hoher kirchlicher Würdenträger auch am dem nachbarlichen Frankreich sowie über den Persönlichkeit der Militärregierung und der deutschen Öffentlichkeit zu einer Volkskundgebung des Dankes an den Ingezeichneten Oberhirten.

**Baden-Baden.** Der H. Vater hat eine größere Menge Isotop für Zuckerkontrolle im Lande Baden, ohne Unterschied der Konzepte, gespendet.

**Leipzig, 22. Febr.** Die französische Gendarmen-Inspektion hat eine Zugkontrolle im Altpol 70 km Schmelzwerke, die nach Freiburg verschoben werden sollen.

